



ZdK

Salzkörner

Materialien
für die Diskussion
in Kirche
und Gesellschaft

26. Jg. Nr. 1
Februar 2020

Editorial

Neue Wege

„Lange Wellen treiben schräg gegen den Strand“: Die Fahrt zur Küste von New Jersey zählt zum wenigen Luxus der alleinerziehenden Gesine Cresspahl in Uwe Johnsons Roman Jahrestage. Auch wir – Katholikinnen und Katholiken – halten aktuell einen Augenblick inne, um unsere eigenen Perspektiven neu zu vermessen: Als Hobbyfotograf jongliere ich zwischen Weitwinkel (den Blick auf das große Ganze nicht verlierend) und Teleobjektiv (hineinzoomend und kein Detail übersehend). Insofern ist der Synodale Weg keine Auszeit, die wir uns schon lange vorgenommen haben, sondern eine dringend erforderliche Reaktion auf eine unfassbare Versagenskrise innerhalb der katholischen Kirche.

Wir tun dies nicht, indem wir parlamentarische Systeme kopieren. Stattdessen lassen wir uns geleiten von einem gemeinsamen Geist, der uns trägt. Dass sich Laien und Kleriker darauf einlassen, ohne Strecke oder Ziel zu kennen, macht sie zu einer mutigen Reisegesellschaft. Auch Gesine ahnt, am Strand der USA stehend, noch nicht, dass sie ein Jahr später in ein Flugzeug steigen wird, um Zeugin des Prager Frühlings zu werden.

Einen mir noch unbekanntem Weg gehe auch ich seit Januar: Als neuer Generalsekretär des ZdK freue ich mich auf Begegnungen mit den Leserinnen und Lesern der Salzkörner, unseren Mitgliedern und den Freundinnen und Freunden unserer Arbeit. Uns eint, dass uns die Zukunft der Kirche und die katholische Stimme in der Gesellschaft viel bedeutet. Die Salzkörner zeugen von der Vielfalt der Themen, die uns auf und neben dem Synodalen Weg beschäftigen. Bei der Lektüre wünsche ich Ihnen viel Freude!

Marc Frings

Inhalt

Nach der ersten Vollversammlung _____ 2

Von Spiderman und anderen Held*innen

Marc Frings

Ein Synodaler Weg der Europäischen Union? _____ 4

Die geplante Konferenz zur Zukunft
der Europäischen Union

Markus Grimm, Martin Kastler

Demokratie unter Druck _____ 6

Heilmittel Bürgerrat?

Karlies Abmeier

Vom Acker auf die Straße _____ 8

Warum die Bauern protestieren
– endlich?!

Bettina Locklair

Inklusion lohnt sich! _____ 10

Beschäftigung mit einem Begriff, der
auf seinen Kern geprüft werden will

Kathrin Hölscher

„schaut hin“ _____ 12

Das Leitwort des 3. Ökumenischen
Kirchentags fordert uns zum kritischen
Blick auf

Gaby Hagmans

Der Synodale Weg

Erste Synodalversammlung

2

Nach der ersten Vollversammlung

Von Spiderman und anderen Held*innen

Beginnen wir mit einem Betriebsgeheimnis. Die letzten Meter vor der ersten Synodalversammlung verbrachte ich vor allem mit der Antizipation von Schwierigkeiten und Störfeuern: Was könnte schiefgehen? Wer könnte den Prozess sabotieren? Wie könnten Bischofskonferenz und ZdK für ideale Rahmenbedingungen sorgen? Zugegeben: Ich gefiel mir nicht in der Rolle des problematisierenden Skeptikers. Lieber hätte ich mich unbedarft gefreut – auf 230 Synodale, zahlreiche Gäste aus den befreundeten Kirchen und Laienverbänden Deutschlands und Europas sowie auf die dutzenden akkreditierten Journalistinnen und Journalisten, die sich alle Ende Januar nach Frankfurt aufmachten, um auf dem Spielfeld und seinen Randmarkierungen einer Premiere der katholischen Kirche in Deutschland beizuwohnen. Rückblickend war meine Skepsis unbegründet. Mit fünf Erkenntnissen bin ich abgereist.

1. Verbindlichkeit als roter Faden

Der Synodale Weg wurde im vergangenen Jahr als Projekt auf Augenhöhe zwischen der deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken angelegt. In kurzer Zeit reifte eine erste Vision zu einem konkreten Projekt, das schließlich binnen weniger Monate vorbereitet wurde und zum ersten Advent 2019 an den Start ging. Nicht nur im Maschinenraum von DBK und ZdK wuchs schnell ein kollegial-freundschaftlicher Teamgeist. In Frankfurt war eine verbindende und verbindliche Atmosphäre, getragen von Vertrauen und Offenheit, schnell spürbar. Eine gemischte, egalitäre Gemeinschaft von Laien und Klerikern, die gemeinsam in den Bartholomäusdom einzog, trug ebenso dazu bei wie die durchaus mühsame, aber konzentrierte Debatte durch Geschäftsordnungsanträge. Das Ringen um ein gemeinsames Regelwerk mochte zwar lästig erscheinen, aber es war ein zentrales Element, um der sich erst konstituierenden Versammlung die Möglichkeit zu geben, ihre Souveränität erfahrbar zu machen. Gleiche Verbindlichkeit für alle manifestierte sich auch in den Randmomenten: Bischöfe, Pastoralreferentinnen

und Studierende waren gleichermaßen aufgefordert, Wortbeiträge persönlich durch Einreichen von Meldekarten bei der Sitzungsleitung anzukündigen. Und vor dem Café Hoffnung der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen reihten sich Kleriker und Laien gleichermaßen in den Pausen ein, um sich mit Cappuccino und Espresso zu versorgen. Der synodale Geist wurde so erfahrbar und übersetzte sich in ein Fundament, auf dem die künftigen Beratungen – so meine Hoffnung – aufbauen können.

2. Geographisches Aggiornamento erleben

Zwischen Hotel und Dom, Empfangs- und Versammlungsort, Mittagstisch und Pressehaus liegen Frankfurts Straßen, die von den gesellschaftspolitischen Veränderungsprozessen unserer Zeit geprägt sind: Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, die Bankentürme als Symbol globaler Finanz- und Wirtschaftskrisen und die nur 500 Meter entfernt liegende Paulskirche als Inbegriff demokratischer und rechtsstaatlicher Errungenschaften bilden für die nächsten zwei Jahre den geographischen Rahmen dafür, dass ein Aggiornamento der katholischen Kirche in Deutschland dringend geboten ist. Zwar waren es der unfassbare Missbrauchsskandal und die Forschungsergebnisse der MHG-Studie, die die Themen des Synodalen Wegs vorgaben, doch bei den Sprints durch die Mainmetropole sollten alle bemerkt haben, dass die Kirche auch in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gehört werden muss. Und schließlich: Dass wir als Katholikinnen und Katholiken zu Gast im evangelischen Dominikanerkloster waren, erinnert auch an den Wunsch, die Ökumene in Deutschland fortzuschreiben – spätestens 2021, wenn in Frankfurt der 3. Ökumenische Kirchentag gastiert.

3. Wer auf Augenhöhe kommuniziert, hört besser

Sieht man von wenigen undisziplinierten Zwischenrufen ab, herrschte in den Sitzungen der Synodalversammlungen eine aufmerksame Ruhe. Erstaunlich viele Wortbeiträge nahmen wechselseitigen Bezug aufeinander, sodass die Synodalversammlung schnell einen dialogischen Prozess einübte, der vertrauensbildend wirkte und einen Charakter von Vergemeinschaftung förderte. Gemeinschaft und ein Prozess der Selbstertüchtigung sind

Der Synodale Weg

Erste Synodalversammlung

wichtig, damit die Synodalen künftig ihre freie Mandatsausübung praktizieren können. Natürlich wird die Reisesegesellschaft auf dem Synodalen Weg unterwegs Rast einlegen, mit Menschen am Wegesrand kommunizieren, um neue Ideen und Perspektiven nach Frankfurt und in die Foren zu tragen. Imperativ wird ihr Mandat damit aber zu keinem Zeitpunkt sein (können). Wir sollten ihnen und ihren individuellen Biographien genügend Vertrauen entgegenbringen und sie nicht mit externen Forderungen ablenken. Die Synodalversammlung ist ja gerade keine geöffnete Polis (dafür gibt es ja die Abfragen auf www.synodalerweg.de), sondern ein eigenes Organ mit Beschlussfassungskompetenz.

4. Geistliche Versorgungsstation für die Synodalen

Von Beginn an war der Synodale Weg als geistlicher Prozess angedacht. Ausdruck dessen war nicht nur der Münchener Gottesdienst am ersten Adventswochenende 2019 und die feierliche Messe zu Beginn der Synodalversammlung in Frankfurt. Zwei geistliche Begleiter begaben sich ebenfalls auf den Synodalen Weg, um die Delegierten mehrfach mit geistlicher Nahrung zu versorgen: Gebete, Meditation, Gesang und Impulse gaben den Debatten Orientierung und wirkten als integraler Bestandteil der Agenda, ohne als entkoppelte Fremdkörper neben den Beratungen zu stehen. Während die inhaltlichen Mandatierungen der vier sich in den kommenden Wochen konstituierenden Foren klar umrissen sind, stehen die entsandten Synodalen ebenso in der Verantwortung, diesen geistlichen Rahmen in die Foren hineinatmen zu lassen.

5. Weltkirche und Ortskirche

Die Sorge um einen Bruch mit der Weltkirche wurde im Vorfeld besonders häufig artikuliert. Trotz anderslautender Bekundungen wurde vermutlich erst in Frankfurt deutlich, dass niemand derartige Krawallvisionen verfolgte. Unabhängig von der herbeigeredeten Krise zwischen katholischer Kirche in Deutschland und dem Heiligen Stuhl war das internationale Interesse ausgesprochen groß: Viele Gäste aus dem europäischen Episkopal- und Laiennetzwerk sowie Vertreter*innen uns befreundeter Kirchen aus Deutschland nahmen auf der Tribüne Platz, verfolgten die Debatten und mischten sich während der Pausen unter die Delegierten. In Frankfurt entstand so

ein internationales Flair, das Demut und Freude ob des großen Interesses keimen ließ. Denn bedient und aufgegriffen werden müssen künftig sowohl die wohlwollende Begleitung (aus dem europäischen Westen) als auch die Skepsis (aus dem europäischen Osten).

Fazit

Angesichts der steinigen Hinführung, der weiterhin präsenten Skepsis, der nicht ausgeschlossenen Möglichkeit des Teilnahmeverzichts einiger Synodalen und der öffentlichen Aufmerksamkeit war es keine Selbstverständlichkeit, sachlich fokussiert die inhaltliche Annäherung zu Machtfragen, priesterlicher Lebensführung, der Rolle von Frauen und der Sexualmoral auszugestalten. Dass dies so möglich war und immer wieder starke Momente erzeugt wurden durch bewegende Glaubenszeugnisse oder artikulierter Sorgen über die eigenen Zweifel an der Kirchenmitgliedschaft, zeigt, wie held*innenhaft die 230 Synodalen ihr Mandat annahmen.

Getreu der Spiderman-Formel „Mit großer Macht kommt große Verantwortung“ konnte man 230 mutige Menschen dabei beobachten, wie sie in ihre Rollen hineinfanden und sich auf das Neue an diesem experimentellen Synodalen Weg einließen. Der Start des Weges ist folglich geglückt. Aber der nächste Gipfelanstieg steht schon an: Vier Foren werden sich nun finden, sich Leitungen wählen und darum bemüht sein, erste Beratungsvorlagen für die zweite Synodalversammlung zu erarbeiten. Kritisch könnte man auf die reichhaltigen Kopiervorlagen des Gesprächsprozesses „Im Heute glauben“ der 2010er und der Würzburger Synode der 1970er Jahre verweisen. Mag sein, dass sich in diesen Texten weiterhin gültige (und bislang nicht implementierte) Forderungen verstecken. Aber bedenkt man, dass die jüngste Synodale eingeschult wurde, als der Gesprächsprozess 2011 begann, erkennt man, dass selbst die Inhalte erst jüngst abgeschlossener Dialogprojekte erneut durchdacht werden müssen, um der eingangs postulierten Verbindlichkeit gerecht zu werden.

Marc Frings

Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)

Ein Synodaler Weg der Europäischen Union?

Die geplante Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union

„Europa lässt sich nicht mit einem Schläge herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“¹ Mit diesen Worten eröffnete der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 den langen Weg der europäischen Zusammenarbeit in der heutigen Europäischen Union (EU) mit der später so genannten Schuman-Erklärung. Auch nach 70 Jahren ist dieser Weg noch nicht beendet und die „Herstellung Europas“ nicht vollendet. Im Gegenteil: So wie Domkirchen stets Baustellen sind, ist auch Europa eine Baustelle, an der wir weiter planen und bauen und mitdenken und gestalten können – und als Christinnen und Christen, als Bürgerinnen und Bürger aufgerufen sind weiterzudenken. Wir im ZdK wollen dies im Mai, 70 Jahre nach der initiativen Rede Schumans und der ersten gemeinsamen Initiative Frankreichs und Deutschlands für ein zu einigendes Europa, aufgreifen und laden unsere katholischen Freunde aus Frankreich und allen anderen Staaten Europas ein, mit uns die Zukunft Europas zu denken.

Eine neue Initiative zur Belebung der Zukunft der Europäischen Union kommt auch aus dem Herzen der Gemeinschaft, aus ihren politischen Organen in Straßburg und Brüssel:

„Ich will, dass die Bürgerinnen und Bürger bei einer Konferenz zur Zukunft Europas zu Wort kommen, die 2020 beginnen und zwei Jahre laufen soll. Diese Konferenz soll die Europäerinnen und Europäer zusammenbringen und unseren jungen Menschen, der Zivilgesellschaft und den europäischen Institutionen als gleichberechtigten Partnern eine starke Stimme geben.“² Diese Forderung nach

einer Konferenz „mit einem klar abgesteckten Rahmen und eindeutigen Zielen, die vorab von Parlament, Rat und Kommission vereinbart wurden“, stellte Ursula von der Leyen in ihren politischen Leitlinien im Europäischen Parlament im Juli 2019. Diese Idee griff zunächst im November 2019 ein Papier der deutschen und französischen Regierung auf, in dem die Forderung der neuen Kommissionspräsidentin konkretisiert wurde. Auch wenn das bilaterale Papier kein offizielles Dokument war, entstand auf dieser Grundlage der Vorschlag des Europäischen Parlaments für die weitere Arbeit. Der Vorschlag sieht wenigstens fünf Organe vor, die gemeinsam die Konferenz bilden: zunächst eine „Plenarkonferenz“ aus repräsentativen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente, der EU-Kommission, der nationalen Regierungen und weiteren europäischen Regierungen sowie Vertretern der Sozialpartner der EU. „Social partners“ darf hierbei aber weiter gefasst werden als der deutsche Begriff der Sozialpartnerschaft und kann auch gesellschaftlich relevante Kräfte wie die Kirchen einschließen.

Ideen der Bürgerinnen und Bürger sammeln

Weitere Organe sollen ein Bürgerforum („citizens agora“, sechsmal 200 ausgeloste Teilnehmer aus allen Mitgliedsstaaten) und ein Jugendforum sein („youth agora“, mindestens zwei Termine, an denen dieselben Themen wie im Bürgerforum behandelt werden), außerdem eine dreiköpfige Leitung aus je einem Vertreter des Europäischen Rates, des Parlaments und der Kommission und schließlich ein Koordinierungsausschuss.

Der Forderung des Parlaments, dass zum Ergebnis des Prozesses auch Vorschläge für Verfassungsänderungen gehören können, die dann von den europäischen Organen aufgegriffen und debattiert werden müssen, stellte sich schnell der Europäische Rat der nationalen Regierungschefs entgegen. Allerdings soll die Versammlung weiterhin ermutigt sein, die Ideen der Bürgerinnen und Bürger zu sammeln und zu artikulieren, um ein klares Bild von den Erwartungen der Unionsbürger an die Zukunft der EU zu formulieren. Ähnlich wie auf Synodalen Wegen treffen

¹ <https://www.robert-schuman.eu/de/doc/questions-d-europe/qe-204-de.pdf>

² Ursula von der Leyen, 16.07.2019

hier Ängste vor zukünftigen Veränderungen und Hoffnungen aufeinander, auch bevor die Erwartungen überhaupt schon benannt sind.

Dialog und Offenheit für neue Ideen, freimütige Diskussionen über alle Themen, die von den Diskutanten mitgebracht werden – das sind also nicht nur die Erwartungen an den Synodalen Weg der katholischen Kirche in Deutschland, sondern auch an die geplante „Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union“.

Begegnungen europäischer Bürger

Im Vergleich mit dem Synodalen Weg sind die Probleme und Lösungsvorschläge zur Krise der EU noch wesentlich vielfältiger und hängen stark vom geografischen und politischen Standpunkt ab. Es wäre fatal, die politische Arbeit der Union von dem Votum der Konferenzen abhängig zu machen und zu viel von ihr zu erwarten. Aber möglicherweise helfen die Begegnungen europäischer Bürger untereinander und eine breite mediale Begleitung, das Verständnis für die unterschiedlichen Situationen und Sichtweisen in den einzelnen Mitgliedsstaaten zu verbessern. Damit ließe sich auch das Verständnis für Kompromisse der nationalen Regierungen im Interesse eines gemeinsamen europäischen Raumes wieder verbessern.

Anders als die ebenfalls per Los besetzten Bürgerräte in Deutschland oder ähnliche Konzepte auf lokaler Ebene sollen die Vorschläge der Konferenz unbedingt in die weiteren Debatten der europäischen Organe einfließen. Offensichtlich traut man aber reinen Bürgerkonferenzen zu wenig oder zu viel zu, um diese alleine für sich stehen zu lassen, und verbindet diese mit einer Plenarkonferenz aus Vertretern zahlreicher nationaler und europäischer politischer Institutionen, deren Zusammensetzung noch nicht endgültig festgelegt ist. Auch wenn eine weitere Vergrößerung dieser schon sehr umfangreich geplanten Konferenz schwierig erscheint, spricht die Schlüsselrolle der Versammlung dafür, sich hier entschieden für eine Beteiligung nicht nur der ökonomischen Sozialpartner einzusetzen.

Auch die Kirchen und mögliche weitere Vertreter der sozialen und ökologischen Interessen der Zivilgesellschaft müssen einbezogen werden, um gerade jenen Stimmrecht zu geben, die absehbar nicht ausreichend in den Bürgerforen präsent und vertreten sind. Wer sonst sollte für die Pflegebedürftigen (und die Pflegenden gleichermaßen), die Schwachen und Abgehängten sprechen? Auch die Stimme der außereuropäischen Migranten, die ohne Unionsbürgerschaft nirgendwo vertreten sind, kann über die Kirchen in die Zukunftskonferenz eingebracht werden. Über die Bürgerdialoge hinaus sieht der Artikel 17 der Europäischen Verträge den Dialog mit den Kirchen vor. Damit kann in einer funktionierenden Zivilgesellschaft nicht nur die Amtskirche gemeint sein, dies umfasst auch die Laienvertretungen der Kirchen in Europa, die alle vertreten, die sich als gläubige Christen in den Gemeinden engagieren.

Das ZdK und seine europäischen Partner sind die christliche Stimme der Zivilgesellschaft im europäischen Dialog. Dafür setzen wir uns in den Bürgerforen genauso ein wie auf dem Münchner Europatag, der fast auf den Tag 70 Jahre nach der wegweisenden Rede des großen katholischen Europäer Robert Schumans stattfinden wird.

Dr. Markus Grimm

Referent für Europa und Migration im Generalsekretariat des ZdK

Martin Kastler

Repräsentant der Hanns-Seidel-Stiftung für Mitteleuropa mit Sitz in Prag, ZdK-Mitglied und Sprecher des Sachbereichs 7 (Europäische Zusammenarbeit und Migration)

Demokratie unter Druck

Heilmittel Bürgerrat?

Studien zeigen, dass die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in den westlichen Ländern teilweise dramatisch nachgelassen hat. Auch mehr als die Hälfte der Deutschen steht Umfragen zufolge der politischen Praxis im Alltag kritisch gegenüber. Der Verlust des Vertrauens in die Staatsform Demokratie fällt im Osten Deutschlands noch größer aus als im Westen. Besonders beunruhigt der schwindende Zuspruch der jungen Generation.

Ein geringes Interesse an Politik kann die Grundlagen unserer Demokratie aushöhlen – wenn etwa in manchen Gemeinden nicht mehr ausreichend Personen bereit sind, sich politisch zu engagieren. Vielen Politikern sind diese Probleme bewusst. Um die Demokratie zukunftsfähig zu machen, haben CDU, CSU und SPD im Koalitionsvertrag 2018 vereinbart, eine Expertenkommission einzusetzen, „die Vorschläge erarbeiten soll, ob und in welcher Form unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden kann. Zudem sollen Vorschläge zur Stärkung demokratischer Prozesse erarbeitet werden.“

Dieser Passus hat den Verein Mehr Demokratie e. V., Berlin und die Schöpflin Stiftung, Lörrach angeregt, Ideen zu entwickeln, wie Menschen wieder für Demokratie begeistert werden können. Sie schlugen hierzu einen „Bürgerrat Demokratie“ vor.

Ein Vorbild fand sich in Irland. Dort wurde 2016 von der Regierung eine Citizens' Assembly gegründet. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen initiierte der Verein Mehr Demokratie das Modellprojekt „Bürgerrat Demokratie“. Der Prozess, der von zwei unabhängigen Instituten begleitet wurde, verlief in mehreren Phasen. Dem eigentlichen Bürgerrat Demokratie, der mit 163 Teilnehmern im September 2019 an zwei Wochenenden in Leipzig tagte, waren sechs Regionalkonferenzen vorgeschaltet, bei denen Fragen für die Beratungen des Bürgerrats erarbeitet wurden. Schon in dieser Phase war den Organisatoren wichtig, den Kontakt mit Politikern zu pflegen, die sich parteiübergreifend interessiert an neuen Ansätzen zur Bürgerbeteiligung zeigten.

Größere Breite der Bevölkerung erreichen

Ein Befund der Wissenschaft, die sich mit der Politikmüdigkeit beschäftigte, lautet, dass vor allem Menschen mit niedrigem Bildungsniveau und sozial schwacher Herkunft sich weit unterdurchschnittlich an Wahlen beteiligen. Um eine größere Breite der Bevölkerung zu erreichen, wurden die Teilnehmer für den Bürgerrat nach dem Zufallsprinzip per Losverfahren über die Einwohnermelderegister ausgewählt. Mit Blick auf eine repräsentative Zusammensetzung wurden Alter, Geschlecht, Bildungsabschluss, Wohnortgröße, Migrationserfahrung sowie eine deutschlandweite Verteilung berücksichtigt. Nicht in allen Fällen konnte die Struktur der Bevölkerung genau abgebildet werden. Trotz Kontakten zu über 4000 Personen lag der Anteil der Hauptschulabsolventen unter ihrem statistischen Bevölkerungsanteil. Gleichwohl sind durch die losbasierte Auswahl viele Menschen erreicht worden, die sich sonst wenig für Politik interessierten. Nach intensiven, kontroversen Diskussionen stimmten 157 Teilnehmer des Bürgerrats über 22 Empfehlungen ab. Die meisten Empfehlungen erhielten eine hohe Zustimmung, weil die Abstimmenden auf Konsens ausgerichtet waren.

Grundsätzlich sind die Empfehlungen von der Überzeugung getragen, dass die parlamentarisch-repräsentative Demokratie sich bewährt habe. Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie werden als Möglichkeit gesehen, die Demokratie zu beleben, die Bevölkerung wieder stärker für Politik zu interessieren und aktuelle Schwächen, etwa die Kluft zwischen Regierung/Parlament und Bevölkerung, auszugleichen. Die wichtigste Empfehlung lautet: Die derzeitige repräsentative Demokratie soll durch eine Kombination von Bürgerräten und Volksentscheiden auf Bundesebene ergänzt werden. Dabei wurde die Forderung nach Elementen der direkten Demokratie in Form von Volksentscheiden etwas zurückhaltender bewertet. Die Skepsis wich etwas, wenn Volksentscheide in Verbindung mit Bürgerräten durchgeführt werden sollten. Unter dem Eindruck des Brexits wurde auch empfohlen, dass Ergebnisse direkter Demokratie grundsätzlich korrigiert werden können.

Das „Bürgergutachten Demokratie“ wurde am 15. November 2019 Bundestagspräsident Wolfgang Schäub-

Demokratie

Politikverdrossenheit

le übergeben. Inzwischen ziehen die beim Bürgerrat in Leipzig entwickelten Ideen weitere Kreise, weil Beteiligte ihre jeweiligen Mandatsträger fragen, wie sie zu den Ergebnissen stehen und wie diese umgesetzt werden können.

Zunehmende Achtung vor der Arbeit der Berufspolitiker

Positiv lässt sich festhalten, dass die Teilnahme am Bürgerrat das Verständnis für Politik bei den Ausgelosten und ihrer unmittelbaren persönlichen Umgebung erhöht hat. Gerade bei Personen, die vorher kaum Berührungspunkte zur Politik hatten, hat die Achtung vor der Arbeit der Berufspolitiker zugenommen. Das Verständnis und das Interesse für politische Zusammenhänge sind gewachsen. Gleichzeitig hat sich aber eine Eigendynamik entwickelt, die auf mehr direkte Einflussmöglichkeiten zielt. Dies wurde schon bei der Veranstaltung am 15. November 2019 deutlich, als es um Elemente der direkten Demokratie oder die Verankerung einer Stabsstelle für Bürgerbeteiligung ging.

Mehr Bürgerbeteiligung ist wünschenswert. Offen ist die Frage, für welche Themen und auf welcher Ebene sie sinnvoll verwirklicht werden kann. Das sieht bei kommunalen Auseinandersetzungen, etwa zur Verkehrspolitik, anders aus als auf Bundesebene bei komplexen Streitfragen mit detailreichen Wechselwirkungen und Konsequenzen.

Wegen ihrer Konsensorientierung kann von den Bürgerräten eine friedensstiftende Wirkung ausgehen, so dass sie vor allem dann eingesetzt werden sollten, wenn sich Meinungen grundsätzlich gegenüberstehen und es darauf ankommt, Verständnis für eine jeweilig andere Position zu gewinnen.

Kein Ersatz für das Parlament und seine gewählten Mandatsträger

Für den Erfolg der Beratungen kommt den vorbereitenden Informationen und Expertisen aus den relevanten Bereichen sowie den Sachverständigen bei den jeweiligen Diskussionsrunden eine hohe Bedeutung zu. Denn ihre Auswahl eröffnet die Möglichkeit zur Gestaltung

der Diskussionen auf erwünschte Ziele hin. Expertenwissen soll die Beratungen unterstützen, darf sie aber nicht lenken. Deswegen muss der Input fundiert, ausgewogen und allgemein verständlich sein. Ebenso wichtig sind professionelle Moderatoren. Beim Modellprojekt „Bürgerrat Demokratie“ sorgten sie durch geeignete Methoden dafür, dass an den Tischrunden alle Beteiligten zu Wort kamen.

Derzeit wird vielfach vorgeschlagen, für Klimafragen einen Bürgerrat einzurichten und Referenden über dessen Empfehlungen zu organisieren, wie es in Frankreich vorgesehen ist. Ob eine Institutionalisierung von Bürgerräten, wie sie Präsident Emmanuel Macron angekündigt hat, zielführend ist, bleibt fraglich. Die Vorschläge des Bürgerrats Demokratie sehen für Deutschland in dem losbasierten Bürgerrat ausdrücklich eine Ergänzung, nicht jedoch einen Ersatz für das Parlament und seine gewählten Mandatsträger. Ein Bürgerrat mag die Chance bieten, bei strittigen Themen aus einer gesellschaftlichen Polarisierung herauszuführen, politische Blockaden aufzulösen und beratend neue, bis dahin übersehene Argumente oder Fakten einzubringen. So können sie als ein deliberatives Element das bisherige parlamentarische System bereichern. Sie sollten aber zumindest auf Bundesebene auf einige besonders herausfordernde Themen beschränkt bleiben. Breit diskutierte und durchdachte Empfehlungen vermögen das Ergebnis zur Lösung einer Streitfrage verbessern, die Entscheidung sollte jedoch den gewählten Politikern überlassen werden, die bei der nächsten Wahl zur Verantwortung gezogen werden können. Ob und wie weit Bürgerräte mit ihrer begrenzten Teilnehmerzahl Politikverdrossenheit vermindern können, hängt auch davon ab, wie weit eine breitere Öffentlichkeit in die Beratungen einbezogen werden kann. Einen Versuch ist es wert. Als ein Erfolg wäre es zu sehen, wenn von den durch Los bestimmten Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Bürgerrats sich einige weiterhin in die Politik einbringen und ihre Vorschläge in den Parteien zur Geltung bringen könnten.

Dr. Karlies Abmeier

Mitglied des ZdK-Hauptausschusses, gehört für das ZdK dem zivilgesellschaftlichen Beirat des Bürgerrats Demokratie an

Vom Acker auf die Straße

Warum die Bauern protestieren – endlich?!

Im vergangenen Herbst gingen Tausende von Bauern mit Treckern und Schleppern auf die Straßen, forderten mehr Wertschätzung und Wahrnehmung ihrer Situation. Ausgelöst wurden die Proteste durch das sog. Agrarpaket der Bundesregierung, insbesondere durch die Vorhaben im Bereich des Tierwohls, des Klima- und des Insektenschutzes. Hier wiederum sind es die Maßnahmen der Düngeverordnung (Reduktion von Einträgen in den Boden – Stichwort Nitrat) und die Verringerung von Pflanzenschutzmitteln, sprich Glyphosat, die besondere Kritik erfahren. In der öffentlichen Wahrnehmung werden die aktuellen Diskussionen bestimmt von der Ablehnung dieser Vorschriften, insbesondere der Düngeverordnung, und massiver Kritik an der Bundesregierung. Aber diese Sichtweise greift zu kurz.

Vorab sei auf eine Besonderheit der Proteste hingewiesen: Erstmalig haben sich in kürzester Zeit über soziale Medien Menschen, die in der Landwirtschaft tätig sind, verbandsunabhängig und verbandsübergreifend zusammengefunden und machen auf die schwierige Situation bäuerlicher Familienbetriebe eindrucksvoll aufmerksam. Sie hinterfragen Entscheidungen der Bundesregierung, das Verhalten von Verbraucher*innen, betrachten diese kritisch und bringen ihre Kritik in die breite öffentliche Diskussion. Sie fordern Solidarität ein, eine Solidarität, die sie in den letzten Jahren vermisst haben.

Von romantischer „Landlust“ geprägte Ansprüche

Wir Verbraucher*innen sind stattdessen anspruchsvoll geworden und kritisch. Wir wollen Lebensmittel, die ökologisch einwandfrei produziert werden, frei von Schadstoffen sind, mit Rücksicht auf das Tierwohl entstehen und jederzeit verfügbar und preisgünstig, wenn nicht sogar „billig“ sind. Gleichzeitig wissen wir oftmals gar nicht mehr, wie diese Lebensmittel überhaupt entstehen, welche Arbeit auf dem Feld und im Stall notwendig ist, welche Rahmenbedingungen für die Landwirt*innen existieren. Diese Entfernung auf der einen Seite, verbunden mit Vorstellungen vom Leben auf dem Land, die von einer ge-

wissen Romantik geprägt sind, und vermeintlichem Wissen auf der anderen Seite, einem Wissen, das sich aus Medienberichten – am liebsten über Skandale und Verfehlungen – speist, hat dazu geführt, dass wir die Arbeit der Landwirte*innen nicht nur nicht mehr wertschätzen, sondern glauben, offen kritisieren zu dürfen. So ist es nicht verwunderlich, dass sich die Bauer*innen wehren und Wertschätzung für ihre Arbeit, die letztlich uns alle am Leben erhält, einfordern.

Strukturwandel gefährdet bäuerliche Familienbetriebe

Hinzukommen ganz faktische Bedrohungen der bäuerlichen Existenz. Der vor Jahren politisch bewusst eingeleitet Strukturwandel in der Landwirtschaft von eher kleinteiligeren hin zu größeren, effizienteren Einheiten ist weit vorangeschritten. Zwischen 2007 und 2018 hat sich die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe um jährlich knapp zwei Prozent verringert, das sind 54.800 Betriebe weniger. Die Anzahl der Betriebe mit weniger als 100 Hektar Fläche nimmt ab, die derjenigen mit mehr als 100 Hektar Fläche kontinuierlich zu. Betrachten wir dabei die Kostenexplosion im Bereich der Kauf- und Pachtpreise für Agrarflächen, so wird deutlich, dass die Furcht kleiner und mittlerer bäuerlicher Familienbetriebe, hier nicht mehr mithalten zu können, berechtigt ist. Seit 2007 haben sich die Preise mehr als verdoppelt. Kostete der Hektar Agrarfläche 2007 im Bundesdurchschnitt noch 9.205 Euro, so lag der Preis 2018 bei 25.485 Euro. Für Pachtpreise gilt dies ebenso: 2007 waren es 183 Euro pro Hektar, bis 2016 stiegen sie auf 288 Euro pro Hektar – im Durchschnitt! Je nach Lage des Betriebes und Situation vor Ort können die Preise somit noch höher sein. Diese Entwicklung macht deutlich, unter welchem Druck landwirtschaftliche Betriebe heute stehen.

Unser täglich Brot – so günstig wie noch nie

Noch deutlicher wird die Situation, wenn wir die Einkommensseite anschauen. Und hier kommt wieder der Verbraucher ins Spiel – auch wenn ich an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen möchte, dass die weiterverarbeitende Nahrungsmittelindustrie und der Handel weit stärker in der Pflicht sind, Landwirt*innen für ihre Erzeugnisse das zu bezahlen, was diese tatsächlich wert

Landwirtschaft

Herausforderungen

sind. Aber zunächst der Blick auf die Verbraucher*innen bzw. die Preise, die diese bezahlen: 1979 gaben private Haushalte noch 24,5 Prozent ihres Konsumbudgets für Nahrungsmittel aus, 2018 waren es nur noch 14 Prozent – hat Essen wirklich den niedrigsten Preis verdient, wie es uns die Werbung glauben machen will? Der Erlösanteil des Landwirtes daran ist ein Fünftel, in den 1970er Jahren waren es 48 Prozent.

Diese trockenen Zahlen zeigen, in welcher Situation sich die Menschen, die unser täglich Brot erarbeiten, befinden – steigende Ausgaben für die Arbeitsgrundlagen einerseits und sinkende Einnahmen für die Produkte andererseits. Schluss ist mit dieser Entwicklung noch lange nicht. Allein wenn wir uns dem Thema Digitalisierung zuwenden, sind zukünftige Kosten nur erahnbar und die Befürchtungen bäuerlicher Familienbetriebe abgehängt zu werden nachvollziehbar.

Klimaschutz und Tierwohl – Herausforderungen, die wir alle tragen müssen

Hinzukommen die notwendigen Veränderungen im Tier-, Umwelt- und Klimaschutz und die Forderungen, die wir alle an die Landwirtschaft stellen. Unbestritten ist der Sektor Landwirtschaft nicht nur derjenige, der von der Natur und ihrem Zustand am stärksten abhängt, sondern er hat auch einen großen Einfluss darauf. Wir wissen, dass ein „Weiter so!“ nicht möglich ist. Auch den Landwirt*innen ist dies bewusst. Die Demonstrationen der vergangenen Monate wurden medial auf den Widerstand der Protestierenden gegen Naturschutzaufgaben reduziert. Was fordern die Landwirt*innen auf der Straße tatsächlich? Bei „Land schafft Verbindung“ – eine Gruppe, die maßgeblich die Proteste organisiert hat – heißt es zum Beispiel:

1. dass die gesellschaftlichen Wünsche nach mehr Umwelt- und Tierschutz durch die gesamte Gesellschaft finanziell getragen werden, denn für echte Veränderungen benötigen wir ein MITEinander!
2. (...)
3. dass die Ursachen des Insektenrückgangs ergebnisoffen, wissenschaftlich basiert und nicht allein auf die

Landwirtschaft beschränkt (z.B. LED, UMTS, Witterschwankungen, Vergrünung) erforscht werden, denn nur so können wir mehr Insektenschutz erreichen.

4. (...)
5. eine Reduzierung des landwirtschaftlichen Flächenverbrauches von 70ha/Tag in Deutschland sowie der dauerhaften Flächenversiegelung, denn auch das ist Natur- und Insektenschutz.
6. dass bestehende Tierwohlprogramme gefördert und weiterentwickelt werden, anstatt neue Label zu schaffen, denn davon gibt es schon jetzt zu viele.
7. (...)
8. die Erweiterung des Nitrat-Messstellennetzes zu einem repräsentativen Messnetz, wie es auch in anderen europäischen Staaten besteht und Meldung dieser repräsentativen Daten an die EU, damit in Europa gleiche Maßstäbe für alle bestehen.
9. (...)
10. (...)
11. die Möglichkeit zu einem echten Vertragsnaturschutz, damit wir auch mit Naturschutz unseren Lebensunterhalt bestreiten können.

Hier wird deutlich, dass Landwirtschaft nicht als einzige Ursache für viele der Probleme wahrgenommen werden will. Sie wollen Differenzierungen und entsprechende Lösungsansätze, die Landwirt*innen verantwortlich mitgestalten wollen. Sie fordern ein Miteinander in der Gesellschaft und nicht zuletzt eine Entlohnung der Leistungen, die in der Landwirtschaft für die Erhaltung von Umwelt und Natur und unserer Kulturlandschaft, die für viele Menschen Erholungs- und Rückzugsraum ist, erbracht werden.

Als Konsumenten können wir für unsere Nahrungsmittel angemessene Preise zahlen, als Politiker*innen können wir Rahmenbedingungen verlässlich und nachvollziehbar gestalten, als Gesellschaft können wir das Miteinander positiv beeinflussen und als Landwirt*innen können wir offen sein für neue Wege.

Bettina Locklair

Bundesgeschäftsführerin bei der Katholischen Landvolkbewegung Deutschland

Inklusion

Barrierenabbau

Inklusion lohnt sich!

Beschäftigung mit einem Begriff, der auf seinen Kern geprüft werden will

Im Rahmen des zehnten Jahrestages des Inkrafttretens der UN-Behindertenrechtskonvention (kurz: UN-BRK) in Deutschland, hat es im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Auswertungen, Foren und Aktionen gegeben, die eine klare Botschaft sendeten: Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen, einer diversen Menschengruppe, die laut Statistischem Bundesamt etwa 9,4 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht, ist noch lange nicht erreicht. Kurz vor dem elften Geburtstag der deutschen Ratifizierung der UN-BRK am 26. März lohnt es sich auch deshalb, erneut von einem systemischen Ansatz zu lernen, der in seiner vollen Konsequenz das Ende von gesellschaftlichem Ausschluss bedeutet: Inklusion.

Inklusion ist eine Vision, in der sämtlichen Menschen (-gruppen) die Möglichkeiten gegeben werden, in allen gesellschaftlichen Bereichen partizipieren zu können. Die Realität sieht anders aus: Eine Vielzahl von Menschen(-gruppen) wird tagtäglich ausgeschlossen. Familien, die aufgrund ihres Nachnamens nicht zu Wohnungsbesichtigungen eingeladen werden, Menschen mit Behinderungen, die keinen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt finden, Menschen mit Fluchterfahrungen, die der deutschen Bürokratie unterliegen. Die Liste der Ausschlusserfahrungen ist schier endlos und umfasst viele individuelle Geschichten, die oft von den Betroffenen als persönliches Scheitern empfunden werden.

Inklusion nimmt Individuen den Anpassungsdruck und erfordert von Systemen, sich an die Bedarfe und Fähigkeiten von Menschen anzugleichen. Mittel hierfür ist eine umfassende Barrierefreiheit, die nicht nur auf bauliche Vorgaben, wie etwa in der Stadtentwicklung oder dem Hausbau, beschränkt ist, sondern alle Bereiche menschlichen Handelns in einer Gesellschaft betrifft. Praktische Beispiele eines solchen Barrierenabbaus sind die Vielsprachigkeit bei behördlichen Briefen in leicht verständlicher Sprache, der Einsatz von Dolmetschenden der Gebärdensprache(n) und die Untertitelung von medialen

Videoproduktionen. In der Arbeitswelt können Assistenzen zur Unterstützung eingesetzt, in Schulen Methoden und Didaktiken auf den Ressourcen der Schüler*innen aufgebaut werden. Beispiele guter Praxis gibt es mittlerweile viele, wohingegen die Frage der stetigen Finanzierung immer noch oft zu kurz gedacht ist. Grundvoraussetzung für Barrierefreiheit ist, dass Systeme sich kritisch prüfen und empfänglich für die Rückmeldungen der einzelnen Gruppen sind, auch wenn es um Kostenübernahmen geht.

Mal nicht die Haltung bewahren!

Im Rahmen der deutschen Realisierung der UN-BRK ist der wohl bekannteste Ansatz eines Haltungswechsels die gesetzliche Änderung der Sozialhilfeleistungen für Menschen mit Behinderungen hin zum Bundesteilhabegesetz (BTHG), also der Wechsel in der Sichtweise der behinderten Menschen als Empfänger*innen staatlicher Hilfeleistung hin zu aktiv partizipierenden Bürger*innen. Die Effektivität des erst im Jahre 2017 in Kraft getretenen BTHGs wird von Menschen mit Behinderungen, Verbänden und sozialen Trägern kritisch geprüft. Dabei stellen sie an alle die Frage, wie Menschen mit Behinderungen gesehen werden: als Menschen, denen geholfen werden muss oder als Gleichberechtigte? Barrierenabbau beginnt im Kopf. Doch wie geht das? In einem ersten Schritt gilt es Vorannahmen sowie Vorurteile zu erkennen, sich bewusst zu werden, wie exklusiv die Strukturen sind, in denen man sich bewegt, sowie mit welchen Privilegien sie verbunden sind. Über soziale Medien ist der Zugang zu Stimmen von Menschen verschiedener Gruppen niedrigschwelliger geworden. Sich mit ihren Berichten und Lebensbedingungen auseinanderzusetzen, kann dabei unterstützen, diskriminierende Denk- und Handlungsmuster abzubauen. Bei einer solchen Arbeit an der persönlichen, organisatorischen oder systemischen Haltung geht es final darum, sich für Vielfalt zu öffnen, anzuerkennen, dass Menschen(-gruppen) selbst Expert*innen über ihr Leben sind und dass es lohnt, Kompetenzen abzugeben, um zu multiperspektivischen Ergebnissen sowie gemeinsamen Erlebnissen zu kommen.

Inklusion

Barrierenabbau

„Nichts über uns ohne uns“ lautet die Forderung der politischen Bewegung von Menschen mit Behinderungen, die die gewünschte Anerkennung von Expertise in eigener Sache bündelt. Konkret geht es sowohl um alltägliche als auch politische Entscheidungsmomente, in denen nichtbehinderte über behinderte Menschen verfügen. Echte Teilhabe kann nur da passieren, wo entsprechende Entscheidungsgewalt übertragen wird. Was sich theoretisch einfach anhört, ist in der Umsetzung eine Herausforderung: Die Ermächtigung der bislang nicht vertretenen Gruppe(n) bedeutet, dass Macht von den bislang vorherrschenden Gruppen abgegeben werden muss. So ändert sich dann auch die inhaltliche Ausprägung von „Expertentum“, welches diskriminierte Menschengruppen von zu erforschenden und zu bewertenden Objekten zu selbst sprachfähigen Subjekten, zu Expert*innen in eigener Sache bzw. Selbstvertreter*innen werden lässt.

Inklusion, nicht Integration

Der gar revolutionäre Kern von Inklusion zeigt sich, wenn durch Teilhabe- und Teilgabe-Prozesse bislang ausgeschlossene Gruppen Teil der Gesellschaft werden und sich so das ganze System verändert. In Abgrenzung dazu stehen integrative Systeme, in denen sich einzelne Gruppen weiterhin an eine Mehrheitsgesellschaft anpassen müssen. In vielen Diskussionen werden die Begriffe Integration und Inklusion nicht trennscharf genutzt. Ein berühmtes Beispiel verdeutlicht, wie notwendig die genaue Prüfung der Nutzung der Begrifflichkeiten ist: In der Übersetzung der UN-BRK ins Deutsche ab 2009 waren es die Zivilgesellschaft und insbesondere Selbstvertreter*innen die darauf hingewiesen haben, dass das englische Wort „inclusion“ in der deutschen Übersetzung mit „Integration“ übersetzt wurde und somit die deutsche Übersetzung zunächst einen völlig anderen Charakter als das englische Original aufwies.¹ Entsprechend sollten Begrifflichkeiten sowohl bei ihrer Nutzung durch andere als auch in der eigenen Arbeit geprüft werden. Wenn Inklusion draufsteht, sollten auch systemische Änderungsprozesse, die darauf abzielen, das Individuum teilhaben zu lassen, drinstecken!

¹ Zum Beispiel über den YouTube Kanal Hyperbole, auf dem u. a. Menschen mit Behinderungen Klischeefragen beantworten. Schattenübersetzungen der UN-BRK zu finden auf www.netzwerk-artikel-3.de

Inklusion ist eine Vision, die auf der Annahme fußt, dass alle davon profitieren, wenn es keinen Ausschluss mehr gibt, und noch mehr, dass menschliches Leben reicher wird durch Austausch, Begegnung und die gemeinsame Gestaltung von Gesellschaften. Die Frage danach, warum es sich lohnt für diese Utopie einzustehen, ergibt eine interessante Schnittmenge zu Nachfragen an kirchlich engagierte Menschen: Warum auf eine Hoffnung bauen, die nicht greifbar ist? Ist es nicht das Erleben von noch so kleinen Momenten des Ideals, welches ausreicht, um weiter am Unerreichbaren festzuhalten?!

Eine letzte Anregung, gerichtet an eben diese Menschen in der Kirche: Das Leitbild der christlichen Gemeinde beschreibt eine Orientierung an Fähigkeiten und Kompetenzen, die auch im inklusiven Gesellschaftsideal von Bedeutung ist. Menschen bringen sich nach ihren Gaben für die Gemeinde ein, dabei wird jedes Teil als gleich wichtig empfunden. Manch eine kirchliche Gemeinschaft mag aus einem entsprechenden Selbstverständnis bereits seit Jahren, wohlmöglich länger als jede Debatte über Inklusion alt ist, nach inklusiven Ansätzen aufgebaut sein. Kurz nach dem zwölften Geburtstag der Ratifizierung der UN-BRK wird im Jahr 2021 in Frankfurt der 3. Ökumenische Kirchentag begangen, mit vielen Orten, die dafür genutzt werden können, ökumenisch, laut und deutlich zu zeigen, wie viele Beispiele guter, inklusiver Praxis es in kirchlichen Kontexten bereits gibt. In diesem Sinne: Schaut hin, prüft und berichtet!

Kathrin Hölscher

Master of Arts Empowerment Studies, arbeitet in der Geschäftsstelle des 3. Ökumenischen Kirchentages Frankfurt 2021 e. V. in den Bereichen Barrierefreiheit und Umwelt



Der klimaneutrale Versand
mit der Deutschen Post



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK | Zentralkomitee der deutschen Katholiken
Postfach 24 01 41, D 53154 Bonn

„schaut hin“

Das Leitwort des 3. Ökumenischen Kirchentags fordert uns zum kritischen Blick auf

Das Leitwort des 3. ÖKT gründet sich auf das Markusevangelium 6,38, auf die Speisung der Fünftausend. Die Jünger sagen Jesus, dass sie nicht genug Geld haben, um allen Menschen, die gekommen waren, Essen kaufen zu können. Und Jesus fordert sie auf „seht nach was ihr habt und es wird reichen“. Er gibt sich nicht mit der Feststellung der Jünger zufrieden, und siehe da, es fanden sich fünf Brote und drei Fische und alle wurden satt.

„schaut hin“, das Leitwort fordert uns auf, hinter die vordergründigen Erklärungen und Muster zu sehen, Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen und sich nicht zu schnell zufriedenzugeben. Eigenschaften, die wir in der heutigen Zeit dringend nötig haben.

Der Ökumenische Kirchentag findet 2021 in Frankfurt statt. Eine Stadt mit 770.000 Einwohner*innen, über 50 Prozent haben ausländische Wurzeln. Wenn man genauer hinschaut, ist Frankfurt eine Stadt, die angesichts ihrer hohen Diversität und sozialen Herausforderungen einen belastbaren sozialen Frieden lebt und immer wieder austarieren kann. Gleichzeitig kann man an dieser Stadt exemplarisch gesellschaftliche Entwicklungen ablesen, wie sie auch in anderen Ballungsräumen in Deutschland geschehen: Die Verknappung von bezahlbarem Wohnraum ist zu einer sozialen Frage geworden, nicht nur für ökonomisch schlechter gestellte Bürger*innen, sondern auch schon für mittlere Einkommen. EU-Bürger*innen, die kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis finden, sind

von ausbeuterischer Beschäftigung bedroht und finden sich häufig in Wohnsitzlosigkeit wieder. Frankfurt gilt als Single-Hauptstadt in Deutschland, das prägt das Zusammenleben in der Stadt. Und als Ort, an dem einer der weltweiten Internetknotenpunkte liegt, ist Frankfurt Sinnbild für die digitale Transformation der Gesellschaft.

Diese Entwicklungen sind nicht unbekannt, und es lassen sich weitere dazulegen. Und auch hier sollten wir genauer hinschauen. Stimmen die bisherigen Erklärungsmuster? Fragen wir uns ehrlich, was die Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit der Menschen sind? Diese Entwicklungen sind nicht neu, Änderungen oder Abmilderungen von negativen Konsequenzen sind jedoch nur sehr unterschiedlich zu spüren. Gehen wir eine Verbesserung mit ausreichender Konsequenz an? Oder will die Mehrheits-Gesellschaft die sozialen Ungerechtigkeiten vielleicht gar nicht mindern, weil sie befürchtet, den eigenen Wohlstand minimieren zu müssen.

Ich würde mir wünschen, dass wir uns genau solche Fragen stellen in den verschiedenen Themenfeldern des ÖKT. Wir sollten vor einer ehrlichen Analyse nicht zurückscheuen, nicht nur bei den sozialen Themen, sondern auch bei unseren Kirchen, der Bewahrung der Schöpfung, der internationalen Gerechtigkeit, einem verantwortbaren und nachhaltigen Wirtschaften, der gleichen Teilhabe von Männern und Frauen und einer gelebten Wertegemeinschaft. Uns geht es mehrheitlich gut in Deutschland, wir leben in Frieden und Wohlstand. Das gibt uns die Möglichkeit und die Sicherheit, Fragen zu stellen und vielleicht unangenehme Wahrheiten aufzudecken. Vielleicht kann ich es an einem Beispiel erläutern: Seit Beginn der Armutsberichtserstattung in Deutschland stellen wir fest, dass die Alleinerziehenden mit ca. 40 Prozent das höchste Armutsrisiko tragen. Viele Maßnahmen wurden entwickelt, um dies zu bekämpfen, letztendlich bleiben die Zahlen jedoch konstant. Wir verfügen über das Wissen und auch die Ressourcen, um eine Verbesserung zu erzielen. Welche Fragen müssen wir uns ehrlich stellen und welche daraus folgenden, vielleicht schmerzlichen, aber hilfreichen Konsequenzen sollten wir ziehen? In diesem Sinne sollten wir auf dem ÖKT arbeiten und damit wahrhaftig ein Zeugnis von Jesus geben.

Gaby Hagemans

Direktorin beim Caritasverband Frankfurt e. V.

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 0. Fax +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de Web www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher

Nachdruck frei / Belegexemplar erbeten

Alle Ausgaben der "Salzkörner" finden Sie auch auf unserer Internetseite:
www.zdk.de/veroeffentlichungen/salzkoeerner